

# DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



## Zum Schaden für Österreich

**Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer haben immer wieder davor gewarnt: Die Beteiligung der Haider-Partei an einer Regierung würde für Österreich schwerwiegende Folgen nach sich ziehen.**

Die Freiheitskämpfer haben die klare Politik der SPÖ-Vorsitzenden Vranitzky und Klima, die eine Zusammenarbeit mit der FPÖ klar ausschlossen, stets begrüßt und unterstützt. Die Warnungen sind bei einem Teil der Wähler ungehört verhallt – am 3. Oktober 1999 legte die FPÖ auf Kosten der damaligen Regierungsparteien kräftig zu. Allerdings muss auch festgehalten werden: 73 Prozent der Österreicher haben nicht für Haider gestimmt.

Die Warnungen, auch aus dem Ausland, haben den Obmann der Volkspartei, Wolfgang Schüssel, nicht beeindruckt. Zwar musste er sich auf Druck des Bundespräsidenten zu Verhandlungen mit der SPÖ bequemen, doch aus dem Ablauf dieser Verhandlungen ging immer deutlicher hervor, dass er gar keine neue Koalition mit den Sozialdemokraten wollte. Das Angebot Haiders, ihm als dem Repräsentanten der drittstärksten Partei den Vortritt auf den Kanzlerposten zu überlassen, war Schüssel wichtiger als das Wohl Österreichs.

Die schwarz-blaue Koalition stürzte die Zweite Republik, noch ehe die Regierung angelobt war, in die schwerste Krise ihrer Geschichte. Durch die von 14 Staaten der Europäischen Union beschlossenen Sanktionen steht das Land heute isoliert da. Man mag vieles als überzogen und kontraproduktiv empfinden, was da in Europa gegen Österreich laut wird, man mag



**Hunderttausende demonstrierten gegen Schwarz-Blau**

es aus innenpolitischen Sorgen in einzelnen Ländern erklären – klar ausgesprochen wurde jedenfalls, dass sich die EU als Wertegemeinschaft definiert, die das geschlossen ablehnt, wofür die FPÖ bisher gestanden ist: Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, soziale Desintegration, Kulturfeindlichkeit. Und dass sie vor allem in keiner Weise bereit ist, eine Haltung hinzunehmen, wie sie in Haiders Lob der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ des Dritten Reichs und der Überzeugungstreue der Waffen-SS zum Ausdruck kam.

Ist schon die außenpolitische Schadensbegrenzung jedenfalls vorerst kaum von Erfolg begleitet – Haiders Rücktritt als FPÖ-Chef wird zu Recht als vordergründige Taktik erkannt –, so drohen der Masse der österreichischen Bevölkerung auch durch das Regierungsprogramm schwere Nach-

teile. Die zweifellos notwendige Sicherung des Budgets und der Pensionen soll auf dem Rücken der „kleinen Leute“ erfolgen: Nach Berechnungen des ÖGB stehen den fast 14 Milliarden Schilling Belastungen der Arbeitnehmer Entlastungen von 19 Milliarden der Unternehmer und Großbauern gegenüber. Geplante „Grausamkeiten“ wie die Benachteiligung der Frühpensionisten und der Selbstbehalt im Krankheitsfall sind da noch gar nicht eingerechnet. Was noch an Staatseigentum vorhanden ist, soll, koste es, was es wolle, verscherbelt werden. Die ÖVP geht offensichtlich total auf Thatcher-Kurs – und die FPÖ hat über Nacht alle ihre Versprechungen, als Beschützer des „kleinen Mannes“ aufzutreten, über Bord geworfen. Sie hat sich durch diesen Verrat entlarvt – das gibt Hoffnung, dass viele ihrer Wähler endlich hellsichtig werden.

Die Sozialdemokraten haben sich in dieser Situation für einen Führungswechsel entschieden, von dem eine harte Oppositionspolitik zu erwarten ist, wobei der designierte neue Parteivorsitzende Alfred Gusenbauer festgehalten hat, dass dabei – anders als die FPÖ dies durch Jahre praktizierte – die Sorge um das Wohl Österreichs und seiner Bevölkerung Vorrang hat vor einer Fundamentalopposition um jeden Preis. In diesem Sinne ist auch die Bereitschaft der SPÖ-Führung zu sehen, sich im Ausland zu bemühen, weiteren Schaden von Österreich abzuwehren. Zugleich aber haben in der Großkundgebung gegen die schwarz-blaue Regierung Hunderttausende Österreicherinnen und Österreicher gezeigt, dass ihre Heimat kein „Naziland“ ist – auch das muss ja dem Ausland begreiflich gemacht werden.

Die Oppositionsrolle, in die Schüssel durch seine Machtgier die SPÖ gedrängt hat, ist hart, sie bietet aber auch eine große Chance: Die Partei kann durch bedingungsloses Eintreten für all das, was das Leben der großen Masse der Menschen in drei Jahrzehnten sozialdemokratischer Kanzlerschaft besser und sicherer gemacht hat, beweisen, dass die Sozialdemokratie auch im neuen Jahrhundert jene politische Kraft ist und bleibt, die – wie der große Bruno Kreisky es immer wieder sagte – „für die Menschen da ist“.

Manfred Scheuch Foto: Dinko

# Holocaust – niemals verjährt

Mit einem feierlichen Bekenntnis zum Kampf gegen Völkermord, Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit ging in Stockholm das „Internationale Holocaust Forum“, zu dem Schwedens sozialdemokratischer Ministerpräsident Göran Persson die Initiative ergriffen hatte, zu Ende. Die Vertreter von mehr als 40 Staaten (darunter außer Jugoslawien und Weißrussland alle Länder Europas) beschlossen am 28. Jänner 2000 die „Stockholmer Erklärung“, in der sie sich verpflichten, die Erinnerung an die Massenvernichtung der Juden durch das NS-Regime wachzuhalten und mit Forschung und Erziehung dafür zu sorgen, dass Staatsterrorismus im weitesten Sinn nicht mehr zugelassen wird. In der Erklärung heißt es unter anderem: „Der Holocaust hat die Fundamente der Zivilisation grundlegend verändert. Der einmalige Charakter wird universelle Bedeutung behalten.“ Holocaust-Leugnern wird der Kampf angesagt. Ebenso müsse die selbstlose Opferbereitschaft derjenigen, die gegen die Nazis gekämpft haben, in Erinnerung gehalten werden. „Da die Menschlichkeit noch immer von Völkermord, Vertreibung, Ras-

sismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit verletzt wird, hat die internationale Gemeinschaft eine hohe Verantwortung, diese Übel zu bekämpfen“, heißt es in der Erklärung weiter.



Alfred Gusenbauer und Viktor Klima bei der Demonstration

Als Vertreter der deutschen Regierung schlug Staatsminister Michael Naumann die Errichtung eines internationalen „Frühwarnsystems“ zur Verhinderung von Völkermord vor. Bundeskanzler Viktor Klima betonte, Österreich habe sich lange nicht zu der his-

torischen Wahrheit bekennen wollen, dass viele das NS-Regime unterstützt und mitgeholfen haben, dessen Vernichtungsmaschinerie bis zum letzten Tag in Gang zu halten. Er bekräftigte die Entschuldigung Österreichs vor

dem jüdischen Volk und allen Opfern des Nationalsozialismus. „Wer den Holocaust leugnet oder verharmlost, verfügt nicht über jene humane Grundausstattung, die die Voraussetzung für verantwortungsvolle Politik ist“, sagte Klima. ■

## Der blaue Hanswurst

Jörg Haider ist fundamental destruktiv. Er bevorzugt vor ziviler Konfliktregelung das Duell gegen den jeweils von ihm definierten Feind. Dies kommt deutlich auch in seinem herabsetzenden Sprachgebrauch zum Ausdruck. Er denunzierte in Österreich vom Bundespräsidenten angefangen alle Träger von Ämtern und damit diese selbst. Nun kommen andere Staaten an die Reihe. Die negativen Folgen für das Land und dessen Einwohner sind ihm gleichgültig.

Manche Beobachter lassen sich von der „politischen Philosophie des Hanswurst“ inspirieren, die Gerhard Stieg, Germanist an der Sorbonne, entworfen hat. Sie erkennen in Jörg Haider den gestylten Wiedergänger einer Figur des Vorstadttheaters. Es ist der stets gegen die Obrigkeit pöbelnde, destruktive Anarchist, der Hanswurst, vulgo „Würstel“.

Der Hanswurst, das weiß man, kennt weder Grenzen noch Proportionen. Mit einem Hanswurst ist kein Staat zu machen, weder in Österreich noch in Europa. Der hat seinen Platz auf der Vorstadtbühne, im Bierzelt und am Stammtisch. Dort sollte er auch bleiben.

Egon Matzner (aus einem Gastkommentar in der „Presse“)

## Zur Erinnerung

### 2000:

Altbundeskanzler Josef Klaus (ÖVP) kommentierte die Regierungsbildung: „Das freut mich sehr, mit Rufzeichen.“ („Der Standard“, 5./6. 2. 2000).

### 1970:

Derselbe Josef Klaus ließ sich im Wahlkampf gegen Bruno Kreisky als „echter Österreicher“ plakatieren.

### 1932:

Und derselbe Josef Klaus war während der Ersten Republik als Jusstudent Mandatar der Katholi-

schen Hochschülerschaft, die in der damaligen Studentenvertretung („Deutsche Studentenschaft“) bis Dezember 1932 eine Koalition mit den völkischen und nationalsozialistischen Studenten bildete.

Anlässlich der Wahl des Dekans der medizinischen Fakultät der Universität Wien im Juni 1932 richteten diese drei Fraktionen einen offenen Brief an den neu gewählten Dekan Univ.-Prof. Dr. Pick. In diesem von Josef Klaus mit unterzeichneten Brief heißt es: „Die deutsche Studentenschaft nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, dass Sie wider Erwar-



ÖVP-Plakat 1970

ten Ihre Wahl zum Dekan der medizinischen Fakultät angenommen haben. Nach wie vor steht

die Deutsche Studentenschaft auf ihrem 1923 kundgetanen Standpunkt, dass Professoren jüdischer Volkszugehörigkeit akademische Würdenstellen nicht bekleiden dürfen. Wollen Sie bedenken, dass Sie sich an einer deutschen Hochschule befinden und dass die deutschen Studenten als ihre Führer nur deutsche Lehrer anerkennen! Schon im Interesse eines ordnungsmäßigen Lernbetriebs hoffen wir auf Ihre Einsicht.“ (Quelle: Arbeiter-Zeitung, 26. 6. 1932).

Das zur Erinnerung, mit Rufzeichen;

Heimo Gruber

# Alfred Ströer – Professor

Am 2. Februar 2000 erhielt unser Bundesvorsitzender Alfred Ströer aus der Hand des damals noch amtierenden Bundesministers Dr. Caspar Einem die Urkunde über seine durch den Bundespräsidenten erfolgte Auszeichnung mit dem Berufstitel „Professor“. Die Laudatio hielt der Leiter des Dokumentationszentrums, Dr. Wolfgang Neugebauer. Er skizzierte den Lebensweg von Alfred Ströer und verwies in diesem Zusammenhang auf die mehr als 30 Publikationen, die dieser verfasst bzw. herausgegeben hat. „Ein besonderes Anliegen war dem Patrioten Ströer auch das Eintreten für die von deutschnationaler und FPÖ-Seite angefeindete österreichische Nation“, sagte Neugebauer und verwies in diesem Zusammenhang auf Ströers Beitrag „Kein so genannter Nationalfeiertag“ in dem von Franz Danimann herausgegebenen Sammelband „Finis Austriae“. In der Folge zitierte der Redner zwei Gutachter des Auszeichnungsverfahrens. Univ.-Prof. Dr. Herbert Schambeck vom Institut für Staatsrecht und Politische Wissenschaften der Universität Linz stellte fest: „Alfred Ströer hat

in seiner politischen und erzieherischen Arbeit stets das Gespräch mit Andersdenkenden über die Grenzen seiner Partei und des ÖGB hinaus gesucht und einen wertvollen Dialog auch mit der katholischen Kirche geführt.“

Helmut Konrad, Ordinarius für Zeitgeschichte an der Universität Graz, kam in seinem Gutachten zu dem Ergebnis: „Es steht für mich außer Frage, dass Alfred Ströer die Verleihung des Berufstitels ‚Professor‘ verdient, kenne

ich doch sein wertvolles Wirken seit Jahrzehnten aus der Nähe. Ohne ihn wäre die Geschichtswissenschaft in unserem Land ein ganzes Stück ärmer.“

In seinen Dankesworten wies Alfred Ströer auf die wenige Tage zuvor in Stockholm abgehaltene Holocaust-Konferenz hin und sagte, es gelte, die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten festzuhalten. Ebenso seien Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Rassismus zu bekämpfen. ■



Minister Einem überreicht Alfred Ströer die Urkunde

## Gedenken in Oberwart

Am 4. Februar 1995 löschte die Sprengfalle von Franz Fuchs nahe der Roma-Siedlung in Oberwart das Leben von Karl, 22, und Erwin Horvath, 18, Peter Sarközi, 27, und Josef Simon, 40, aus. Zum fünften Jahrestag der Mordtat fand beim Mahnmal eine Gedenkfeier statt, an der rund 200 Menschen teilnahmen. Die bei der Gedenkstunde gehaltenen Reden waren geprägt von Appellen an die Toleranz und die Menschlichkeit. „Ich kann nur unsere jungen Roma aufrufen, Geschichte zu lernen“, sagte Stefan Horvath, der Vater zweier Opfer. „Denn nur dann wissen sie, woher wir kommen und wo unsere Zukunft liegt.“ Als Obmann des Oberwarter Roma-Vereins konstatierte Emerich Gärtner-Horvath, dass seit dem Attentat sich manches verbessert habe, vor allem im schulischen Bereich, und ein Lokalverbot für Roma sei heute kein Thema mehr. Das große Engagement der Politiker, die nach dem Anschlag vollmundige Versprechen abgaben, sei aber leider nicht mehr erkennbar.

Weiter sprachen Superintendentin Waltraud Knoll, Diözesanbischof Paul Illy, LH-Stv. Gerhard Jellaszitz und Landeshauptmann Karl Stix.



Bundespräsident Klestil

Im Zuge der Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierung appellierten Alfred Ströer im Namen des Bundes Sozialde-

## Klestil dankt für Verbundenheit

mokratischer Freiheitskämpfer und Oskar Wiesflecker für den KZ-Verband an Bundespräsident Thomas Klestil, „alles zu tun, um eine Regierung unter Beteiligung der FPÖ zu verhindern“, weil durch eine solche der gute Ruf Österreichs in der Welt leichtfertig aufs Spiel gesetzt würde. Nachdem es anders kam und FPÖ und ÖVP gegen den Willen der Mehrheit der Österreicher und gegen den Willen des Staatsoberhauptes, ungeachtet der angedrohten Sanktionen, eine ge-

meinsame Regierung bildeten, drückten Ströer und Wiesflecker in einem Schreiben an den Bundespräsidenten ihre Zustimmung zu dessen Amtsführung im Zusammenhang mit der Regierungsbildung aus, bei der ihm schließlich nach seinen Worten „keine andere Wahl“ als die Beauftragung Schüssels blieb. Klestil dankte in einem Antwortschreiben für dieses ihm erwiesene Zeichen der Verbundenheit. Weiters verwies er in seinem Brief auch auf die auf seine Veranlas-

sung von den Parteivorsitzenden von ÖVP und FPÖ unterzeichnete Deklaration des Bekenntnisses zu den Grundwerten der Europäischen Union und stellte dazu fest: „Ich kann Ihnen versichern, dass ich darauf achten werde, dass die neue Bundesregierung den in dieser Deklaration enthaltenen Verpflichtungen entspricht.“ Es gelte nun, durch Informations- und Überzeugungsarbeit zu verhindern, dass Österreich keinen bleibenden Schaden erleidet dazu sei er bereit.

# Gusenbauer zur Zukunft der Sozialdemokratie und die neuen Herausforderungen, die auf die SPÖ in ihrer Rolle als Oppositionspartei zukommen, bildeten den inhaltlichen Rahmen des 8. Josef-Hindels-Symposiums im Wiener Karl-Czernetz-Bildungsheim. Im Mittelpunkt standen dabei mögliche sozialdemokratische Strategien gegen die drohende schwarz-blaue Eiszeit in Österreich. Der Vorsitzende der Wiener Bildung Ernst Woller wies eingangs auf die bedeutende Rolle von Josef Hindels in der sozialdemokratischen Bildungsarbeit und in der antifaschistischen Aufklärung hin. Auch der Wiener SPÖ-Bildungssekretär Dr. Michael Ludwig betonte, dass Hindels, der sich nie durch „kleinbürgerliches Schrebergartendenken“ irritieren ließ, einer der vehementesten Gegner einer Regierungsbeteiligung der Haider-FPÖ war. Und Ernst Nedwed erinnerte daran, dass Hindels die FPÖ schon in ihrer Gründungsphase kritisiert habe und in seiner Kritik noch viel deutlicher wurde, als Jörg Haider deren Führung übernahm. Wie Recht Hindels mit seinen Warnungen hatte, zeigt die Entwicklung, durch die Österreich an den Rand politischer Isolation getrieben wurde und sich, eben noch anerkanntes und gern besuchtes EU-Mitgliedsland, über Nacht politischen Boykottmaßnahmen von 14 europäischen Staaten ausgesetzt sieht.

## Sanktionen Ja, aber nicht gegen die Bevölkerung

Diese Problematik war das Hauptthema der zweitägigen Diskussionen. So machte der Internationale Sekretär der SPÖ, Bundesrat Albrecht K. Konecny, darauf aufmerksam, dass es ein politischer Fehler vor allem ausländischer Kommentatoren sei, Jörg Haider mit Adolf Hitler gleichzusetzen. Dadurch beraube man sich selbst mancher Waffen. „Es ist jetzt wichtig, eine Regierung, aber nicht ein ganzes Volk zu isolieren und intelligente Maßnahmen seitens der EU und der internationalen Staatengemeinschaft zu setzen“, forderte Konecny. Dass beispielsweise in Belgien

österreichische Künstler aus Ausstellungen geschmissen würden, sei Schwachsinn und politisch kontraproduktiv, weil es letztlich Haider bei seinem Versuch, ganz Österreich in Geiselhaft zu nehmen, unterstützte. Doch

Verständnis, weil Chirac sich vom nunmehrigen Bundeskanzler Schüssel hintergangen fühlt.“ Dieser habe in einem Gespräch gegenüber Chirac betont, dass eine Koalition mit der FPÖ für ihn ausgeschlossen sei. Die



Der designierte SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer und Michael Ludwig

heißt das für Konecny keineswegs, dass die 14 EU-Staaten von ihren beschlossenen Sanktionen, von dem, „was Sache ist“, einen Rückzug machen sollten. Im Gegenzug müssten allerdings auch die gegen die Regierung gerichteten Demonstrationen als Signal im Ausland verstanden werden.

Professor Michel Cullin, Mitglied des Internationalen Sekretariats der Sozialistischen Partei Frankreichs, schloss sich Konecny Meinung an, dass die beschlossenen Maßnahmen gegen Österreich ein Stück Integration bedeuten könnten. In Frankreich herrsche nach wie vor ein undifferenziertes Bild über Österreich. „Die Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert lässt sich nicht allein auf den Nationalsozialismus reduzieren. Die gegen die Regierung protestierenden Demonstranten sind die eigentlichen Patrioten.“

Zu den Reaktionen „seines“ Staatschefs Jacques Chirac meinte Cullin, dieser habe „im Affekt“ gehandelt. „Ich persönlich habe dafür

Schutzbehauptung, er habe die Bildung einer Koalition mit der SPÖ geplant, scheint Cullin blanker Zynismus. Jedenfalls seien die emotionalen Reaktionen Chiracs und die Strategien der 14 EU-Staaten aber zwei verschiedene Dinge.

## Gespens des Rechtsextremismus

Wilhelm Schmidt, Mitglied des deutschen Bundestages und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, meldete Befürchtungen an, dass auch Deutschland eine Nationalismus-Debatte bevorstehe, „die es in sich hat. Der neue CDU-Fraktionsvorsitzende März hat sich vom bayrischen Ministerpräsidenten Stoiber die Direktiven geben lassen, gleich nachdem sich dieser mit Jörg Haider getroffen hatte“, so Schmidt. Der SPD-Politiker gab zu, dass sich auch in Deutschland rechtsextreme Ideologien in einer seit dem Ende des Nationalsozialismus noch nie dagewesenen

# zialdemokratie: en Rechts

Schärfe breit machten. „Deshalb ist es wichtig, dass auch wir Sozialdemokraten in Deutschland massiv gegen Jörg Haider auftreten.“ Dr. Norbert Seitz, Chefredakteur der Zeitschrift „Neue Gesellschaft“, skizzierte am Beispiel der Entwicklung der SPD auf ihrem langen Weg bis zum Wahlsieg die Risiken und Chancen einer strukturierten Oppositionspolitik.

## SPÖ als Tor zur Welt

Am zweiten Tag des Symposiums referierte der designierte SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer über die Herausforderungen, die in der veränderten politischen Lage auf die Partei zukommen. „Die SPÖ kann sich jetzt schon deshalb nicht der Verantwortung entziehen, weil sie das einzige intakte Tor zur Welt ist, das Österreich zur Zeit hat“, erklärte Gusenbauer gleich zu Beginn die Fronten. „Die ÖVP hat Österreich, die FPÖ ihre Wähler am Altar der Macht geopfert. Es ist offensichtlich, dass diese Regierung nach außen isoliert und nach innen spaltet.“ Die SPÖ lade daher alle Menschen, die mit der derzeitigen Bundesregierung nicht zufrieden sind, zur Zusammenarbeit an einem Konzept für ein „neues soziales Österreich“, das von Weltoffenheit und Toleranz geprägt ist, ein. Gusenbauer glaubt nicht, dass diese Regierung in der Lage ist, die innen- und außenpolitischen Probleme zu lösen, vielmehr sei zu befürchten, dass „der Karren noch mehr in den Dreck gezogen wird“. Österreich werde wohl isoliert bleiben, solange die schwarz-blaue Regierung an der Macht ist. Um allerdings zu ver-

hindern, dass auch das österreichische Volk isoliert wird, müsse man jetzt das Ausland vor allem darauf aufmerksam machen, dass es der demokratischen Diskussion in Österreich nicht nützt, wenn beispielsweise österreichische Schulklassen nicht mehr in EU-Staaten eingeladen werden.

Die vordringliche Aufgabe der SPÖ sieht Gusenbauer nicht nur darin, klar zu machen, welche Grausamkeiten diese Regierung gegenüber sozial Schwächeren produziert, sondern auch in dem Bestreben, eine Mehrheit jenseits von Blau-Schwarz zu suchen.

## Gusenbauers Alternativen

„Reine Oppositionspolitik wird jedenfalls zu wenig sein. Die SPÖ muss versuchen, ein Programm der Weltoffenheit und Toleranz zu präsentieren, und dabei muss uns klar sein, dass wir mit Rezepten aus den 70er-Jahren nicht reüssieren werden. Wir wollen vielmehr der in Bewegung geratenen Zivilgesellschaft Alternativen anbieten. Wenn wir die weit verbreitete Unzufriedenheit nützen können, dann wird diese Regierung nur eine kurze Episode gewesen sein.“

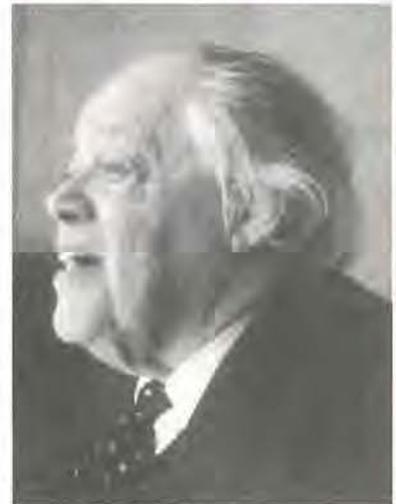
Es wird an allen aktiven Sozialdemokraten liegen, solche Strategien zum Erfolg zu führen: Damit, wie Ernst Nedwed in seinem Schlusswort es ausdrückte, die schleichende Verkleinbürgerlichung und die noch gefährlichere Verhaiderung ein Ende hat und Österreich wieder zu einem Land wird, in dem man gern und beruhigt leben kann.

Sonja Kothe

## Josef Hindels zum 10. Todestag

Am 10. Februar jährte sich zum zehnten Mal der Todestag von Josef Hindels. Eine Delegation der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer legte an diesem Tag auf seinem Grab im Urnenhain des Zentralfriedhofs einen Kranz nieder. Der stellvertretende Vorsitzende unseres Bundes, Ernst Nedwed, sagte anlässlich des Todestages von Josef Hindels in seiner Gedenkrede:

„Josef Hindels hatte in den Jahrzehnten seines Wirkens innerhalb der Sozialdemokratie immer wieder gegen die schleichende Verbürgerlichung, gegen Entpolitisierung und Opportunismus Stellung genommen. Er wandte sich in seinen Artikeln und als Redner auf Konferenzen und Parteitagen gegen die schrittweise Aufgabe sozialistischer Grundpositionen. Vor allem war er ein Idol der Jugend im Kampf gegen Neofaschismus, Antisemitismus und Nationalismus. Die Worte auf seinem Grabstein fassen sein Lebenswerk zusammen: ‚Denker des Sozialismus, Kämpfer gegen Faschismus und Krieg.‘ Die wichtigste Aufgabe, der sich Hindels seit seiner Rückkehr aus dem schwedischen Exil in der Zeit von 1946 bis 1989 gewidmet hat, war die politische Bildungsarbeit. Seine vom Austromarxismus Otto Bauers abgeleitete linkssozialistische Position vertrat er in vielen Reden und theoretischen Schriften. Manche Funktionäre, die in der Vergangenheit und auch heute in wichtigen Positionen der Partei tätig waren oder sind, haben in ihrer Jugend an seinen Seminaren teilgenommen. Auch wenn ihre Wege in der späteren Folge andere waren als die eines Josef Hindels blieben Grundsatzposi-



Josef Hindels (1916 – 1990)

tionen in ihrem politischen Wirken weiterhin aufrecht: Grundsatztreue, Internationalismus und Antifaschismus. Gerade was den Antifaschismus betrifft, hat Josef Hindels schon in einer Zeit Aufklärungsarbeit geleistet, als da und dort noch die ‚Gefahr von rechts‘ unterschätzt wurde. Hindels hat die FPÖ schon seit ihren Gründungsjahren wegen ihrer inhaltlichen Positionen bekämpft und erst recht als 1986 Haider dort die Macht ergriffen hatte. Josef Hindels hat zu außerparlamentarischen Aktionen immer eine positivere Haltung eingenommen als sie mehrheitlich in der SPÖ akzeptiert war. Auch wenn er das Parlament als wichtigstes Kampffeld der Sozialdemokratie betrachtete, waren außerparlamentarische und gewerkschaftliche Aktionen für ihn wichtige demokratiepolitische Instrumente. Er hätte die jüngste Entwicklung, bei der aktive Menschen gegen die Rechtskoalition auf die Straße gehen, sicherlich mit vollem Herzen begrüßt. Josef Hindels ist, das zeigen die letzten Ereignisse, aktuell geblieben - er bleibt unvergessen.“

Ernst Nedwed

### Berlin verbietet Neonazi-Aufmarsch

Die Berliner Polizei hat kürzlich eine von Rechtsextremisten geplante Demonstration anlässlich des 70. Todestages des SA-Mannes Horst Wessel verboten. Der Aufmarsch am Grab von Horst Wessel war von dem Neonazi-Führer Oliver Schweigert angemeldet worden.

### Krawalle bei Rockkonzert

Bei einem Rockkonzert für Neonazis in Torup (Jütland) kam es zu schweren Krawallen, als Gegendemonstranten aus der Autonomen-Szene protestierten. Opfer der Attacken waren vor allem Polizisten. Zum Todestag des faschistischen spanischen Diktators Franco fand ein internationales Neonazi-Treffen in Randers statt. Einem Bus mit deutschen Rechtsextremisten wurde die Anreise dazu verweigert; als Grund wurde angegeben, dass der marokkanische Busfahrer kein Visum hatte.

### Rabiater Naziführer

Der Chef der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB), Jonni Hansen, wurde verhaftet. Er hat sechs linksgerichtete Demonstranten, die sich am Sitz seiner Organisation aufhielten, mit seinem Auto angefahren und verletzt. Er soll wegen schwerer Körperverletzung angeklagt werden.

### Solidarität mit Peru

Die Roten Falken wollen zehn peruanische Kinder der Jugendorganisation „Los Cachorros“, die eine Delegation bei einem Besuch in Peru kennen lernte, zu ihrem Sommerlager in Wiesen (Burgenland) einladen. Das übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der Organisation. Die Falken bitten deshalb um Spenden an das Konto 0061 1350008, BLZ 2051 (Bank Austria) mit dem Verwendungszweck: Rote Falken – Solidaritätsaktion Peru (Info: Tel. 40125/32).

# Haider's KZ-Besuch verhindert

Proteste in Italien und Israel verhinderten einen Besuch Jörg Haider's in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Risiera di San Sabba bei Triest, in dem in den letzten Kriegsjahren Tausende Menschen ermordet worden sind. Die Vorgeschichte dieser Ein- und Ausladung des FP-Chefs verlief so: Der Oberrabbiner von Triest, Umberto Piperno, sagte in einem Interview einer Lokalzeitung: „Wenn Haider wirklich der brave Mann ist, wie alle sagen, dann soll er doch kommen und im Konzentrationslager Buße tun.“ Daraufhin hatte der Präsident der Regionalregierung von Friaul Roberto Antonione (er gehört Berlusconi's Forza-Italia an) nichts Eiligeres zu tun, als Haider zu einem Besuch im KZ einzuladen, und Haider nahm an. Als Proteste dagegen laut wurden, stellte der Triestiner Bürgermeister Riccardo Illy (Mitte links) –



sonst mit dem Kärntner Landeshauptmann auf gutem Fuß – klar, daß dieser Besuch nur mit Zustimmung der Angehörigen der Opfer vonstatten gehen dürfe. In Italien erhob sich ein Sturm der Entrüstung, und Israel berief seinen Handelsdelegierten aus Triest zurück. Argumentiert wurde, dass Haider den Lagerbesuch nur als Propagandagag nützen würde. Schließlich erklärte die Regierung in Rom Haider's Einla-

dung für „inexistent“. Das KZ Risiera di San Sabba (in den Gebäuden einer ehemaligen Reisefabrik) wurde im Herbst 1943, nach der Kapitulation Italiens, eröffnet. Etliche Provinzen Norditaliens waren damals der deutschen Zivilverwaltung unterstellt worden: So unterstand Friaul als „Operationszone Adriatisches Küstenland“ dem Kärntner Gauleiter Rainer, Südtirol-Trentino dem Tiroler Gauleiter Hofer. Im Zuge der Partisanenbekämpfung kam der berühmte Odilo Globocnik, der als Leiter der „Aktion Reinhard“ für den Mord an zwei Millionen Juden in Polen verantwortlich war, nach Norditalien und ordnete die Errichtung des „Polizeihaftlagers“ Risiera an. Bis zur Befreiung am 29. April 1945 wurden hier zwischen 5.000 und 8.000 Menschen ermordet – neben Widerstandskämpfern und Partisanen aus Norditalien, Slowenien und Kroatien vor allem auch Triestiner Juden. ■

# Justizressort in FP-Hand

Haider's Erstvorschlag für den Posten des Justizministers im Kabinett Schüssel, Michael Krüger, ist der Regierung inzwischen wieder abhanden gekommen. Schon am Tage seiner Angelobung wurde er mit einer Rücktrittsforderung konfrontiert. Der Grund dafür: Er hatte in einer Parlamentsrede im Jahr 1995 Haider's Bezeichnung der Nazi-Konzentrationslager als „Straflager“ verteidigt, wobei er sich auf ein ominöses Fremdwörterlexikon berief und die Kritik an seinem Parteichef als „semantische Masturbation“ bezeichnete. Auch musste sich Krüger vorwer-

fen lassen, dass sich in seinem Mitarbeiterstab ein gewisser René Schimanek befand, der jüngere Bruder des vor einigen Jahren wegen NS-Wiederbetätigung zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilten Hansjörg Schimanek jr. Er hatte sich auch an dessen Waffenübungen und an Demonstrationen der VAPO des später ebenfalls verurteilten Gottfried Küssel beteiligt. Verständlich, dass die Vorstellung Unbehagen verursachte, dass ein Mann von der Denkungsart Krüger's, noch dazu mit solchen Mitarbeitern, ein Ressort leiten sollte, in dessen Bereich auch das NS-Verbotsgesetz fällt.

Nun ist Krüger inzwischen abgetreten, die Erleichterung darüber darf sich in Grenzen halten, denn sein vom „zurückgetretenen“ FP-Parteiboss in die Regierung geschickter Nachfolger Dieter Böhmendorfer ist zwar formell parteilos, jedoch langjähriger Rechtsvertreter der FPÖ in zahlreichen Prozessen, vor allem gegen Medien. Die Oppositionsparteien haben die Berufung dieses Mannes sofort als Skandal angeprangert, ist doch zu befürchten, dass seine „Unparteilichkeit“ z.B. bei Weisungen an die Staatsanwaltschaft eine unakzeptable Schlagseite erhalten könnte. ■

## Februargedenken im Karl-Seitz-Hof

Am Abend des 4. Februar 2000 fand im Karl-Seitz-Hof in der Jedleseer Straße, Wien-Floridsdorf, eine Gedenkfeier zum 50. Todestag von Karl Seitz statt, die mit dem Februargedenken der SPÖ-Floridsdorf, der Wiener Bildung und der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer verbunden wurde. Der Karl-Seitz-Hof, bis zu seiner Benennung nach dem Tode des Bürgermeisters der Zwischenkriegszeit als Gartenstadt bekannt, gehörte im Februar 1934 zu den Hauptwiderstandspunkten der Floridsdorfer Schutzbündler und wurde im Zuge der Kampfhandlungen am 14. Februar von einer Batterie des Bundesheeres beschossen; vor allem der Uhrturm, wo sich eine Maschinengewehrstellung des Schutzbundes befand, wurde mit Kanonensalven belegt. Bei der Gedenkstunde, die durch Arbeiterlieder der Gruppe „Morgenrot“ würdig umrahmt wurde, sprach als Hauptredner Bürgermeister Michael Häupl. Nach Würdigung seines großen Vorgängers Seitz und des heroischen Widerstandes der Februarkämpfer gegen den Austrofaschismus kam der Wiener

SPÖ-Vorsitzende auf die aktuelle politische Situation zu sprechen. Er kündigte eine harte und bedingungslose Oppositionspolitik gegen die schwarz-blaue Regierung an, denn es gelte, den sozialen Zusammenhalt zu sichern und eine Zerstörung des sozialen Gefüges der Gesellschaft zu verhindern.



Michael Häupl spricht

Den Versuch, Dolchstoßlegenden zu konstruieren, wonach die europäische Kritik an der Regierungsbeteiligung der FPÖ auf Bestellung des Bundespräsidenten oder der SPÖ erfolgt sei, bezeichnete Häupl als lächerlich: „Wenn wir wirklich eine so gute Organisation hätten, dass

wenn man in der Löwelstraße auf den Knopf drückt alles hupft, dann hätten wir die letzte Wahl nicht verloren.“

Leidenschaftlich bekannte sich Häupl zur Verteidigung unserer Heimat. Aber dies bedeute in erster Linie, gegen Sozialdemontage, Sozialabbau und Benachteiligung von Frauen und von sozial Schwachen, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aufzutreten. Dagegen, also gegen die Haider-FPÖ, sei unser Land zuallererst zu verteidigen.

Einleitend hatten Nationalratsabgeordneter Kurt Eder und Landtagspräsident a.D. Fritz Hofmann das Wort ergriffen, die das Werk von Karl Seitz würdigten und den Kampf der Floridsdorfer Sozialdemokraten, die mit der standrechtlichen Hinrichtung von Georg Weissel durch die austrofaschistischen Henker und mit zahlreichen Toten der Kämpfe mit Polizei, Bundesheer und Heimwehr schwerste Blutopfer zu beklagen hatten.

Nach einer Kranzniederlegung am Denkmal von Karl Seitz wurde eine Ausstellung über Leben und Werk dieses großen Sozialdemokraten eröffnet. ■



Das war Karl Seitz

Karl Seitz, geboren am 4. September 1869 in Wien, aufgewachsen im Waisenhaus, wurde als Schulmann Gründer der sozialdemokratischen Lehrerorganisation. Als hervorragender Redner erlangte er rasch Popularität in der Partei. Schon 1901, noch vor Einführung des allgemeinen Wahlrechts, wurde er im Wahlkreis Floridsdorf in den Reichsrat gewählt. 1915 war er der erste führende Sozialdemokrat in Österreich, der offen gegen den Krieg auftrat. Beim Zusammenbruch der Monarchie wurde Seitz 1918 erster Präsident der Nationalversammlung und damit erstes Staatsoberhaupt der jungen Republik. Nach dem Tod Victor Adlers 1918 zum Parteivorsitzenden gewählt, übernahm er in Nachfolge von Jakob Reumann 1923 auch das Amt des Wiener Bürgermeisters. Unter seiner Ägide wurde das Aufbauwerk des „Roten Wien“ weltberühmt. Am 12. Februar 1934 wurde er von den Austrofaschisten im Rathaus verhaftet – er musste aus seinem Arbeitszimmer getragen werden – und ein Jahr lang eingesperrt. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 steckten ihn die Nazis ins Konzentrationslager Ravensbrück, dann zum bewachten Zwangsaufenthalt nach Plauen. Schwer krank und völlig entkräftet kehrte er im Juni 1945 nach Wien zurück und wurde zum Ehrenvorsitzenden der SPÖ gewählt. Am 3. Februar 1950 hat er uns für immer verlassen.



Wiens Freiheitskämpfer gedenken am 12. Februar der Opfer des Faschismus

### Neuwahl in der Bezirksgruppe Floridsdorf

Bei der Jahresversammlung der Bezirksgruppe Wien 21., am 14. Februar, wurde ein neues Präsidium gewählt, dem folgende Genossinnen und Genossen angehören: Vorsitzender: GR a. D. Hans Schiel, stellv. Vorsitzende: Karl Kalmus, Rosa Mair, Rudolf Pospichal. Dem Vorstand gehören unter anderem auch GR Dr. Michael Ludwig und Ldtg. Präs. a. D. Ing. Fritz Hofmann an, der bis zur Generalversammlung den Vorsitz der Bezirksgruppe innehatte. Bezirksvorsitzender der SPÖ-Floridsdorf, Abg. z. NR Kurt Eder, dankte den Floridsdorfer Freiheitskämpfern für ihr Wirken.

### Wir gratulieren:

**Zum 98. Geburtstag:** Josef Kleinschuster, Kapfenberg; Karl Sellner, Wien. **97. Geburtstag:** Josef Menzel, Innsbruck. **96. Geburtstag:** Leo Mistinger, Berta Ottwald, Wien. **95. Geburtstag:** Johann Ponath, Mannersdorf; Rupert Pötsch, Krieglach. **94. Geburtstag:** Leopold Nezhyba, Franz Reitlinger, Helene Steiner, Wien. **93. Geburtstag:** Anton Grimminger, Zeltweg; Fritz Mayer, Klagenfurt. **92. Geburtstag:** Hilde Borik, Wien. **91. Geburtstag:** Antonia Schauerl, Graz; Franz Billmaier, Anton Schmidt, Wien. **90. Geburtstag:** Frieda Buchacher, Linz; Maria Koch, Franziska Planer, Salzburg; Otto Binder, Paula Böhm, Paula Ihm, Johanna Koblizka, Olga Reisinger, Alois Reitbauer, Robert Rödl, August Weitzmann, alle Wien. **85. Geburtstag:** Johann Gutensohn, Dornbirn; Anna Kuh, Eisenstadt; Max Stiplosek, Graz; Rupert Zechtl, Innsbruck; Johann Hnat, Mödling; Franz Döberl, Waidhofen/Ybbs; Antonia Bruha, Gabriele Eberling, Eleonore Eibicht, Rudolf Frank, Rosina Heinzl, Karl Klir, Wilhelm Launer, Franziska Lehner, Wilhelm Preininger, Maria Reitmaier, Rudolf Strob, alle Wien. **80. Geburtstag:** Max Leitner, Asperhofen; Karl Dobner, Baden; Theresia Böhm, Eisenstadt; Peter Fritz, Hohentauern; Brigitte Voghofer, Leonding; Maria Grappmayer, Leonstein; Hans Hofstetter, Linz; Anna Sehorsch, Mödling; Karl Steinocher, Salzburg; Rudolf Fürst, Steyr; Paul Renner, Strasswalchen; Eleonore Dietl, Grete Felgentreu, Hugo Pepper, Wien. **75. Geburtstag:** Hubert Turnitscher, Bruck/Mur; Ludwig Deusch, Eggenburg; Rudolf Riha, Gutramsdorf; Rudolf Zak, Gutenstein; Walter Kirschschräger, St. Martin b. Linz; Kurt Wehrl, Wiener Neustadt; Wilhelm Ambros, Adolf Frohna, Roman Hruby, Elisabeth Karpeles, Paula Michalica, Otto Mraz, Rudolf Pöder, Hans Prager, Leopoldine Schnabl, Edith Seeböck, Walter Than, Friedrich Zvanovec, alle Wien.

## Erzählt es euren Kindern!

Es war eine der letzten internationalen Handlungen, die Viktor Klima als Bundeskanzler setzte, als er an der „Internationalen Konferenz über Forschung, Gedenken und Wissensvermittlung zum Holocaust“ vom 26. bis 28. Jänner 2000 in Stockholm teilnahm. Nicht auszudenken, wenn der schwarz(blau)e Kanzler Schlüssel nach Schweden gefahren wäre! Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Frage, wie das Gedenken an den Holocaust wach gehalten und die Ausbreitung des Neonazismus verhindert werden kann.

Von Interesse für alle, die danach streben, also auch für den Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, ist das Buch „Erzählt es euren Kindern“. Dieses Buch wurde von einem Regierungsprojekt namens „Lebendige Geschichte“ („Levande Historia“) initiiert, dessen Ziel es ist, den Holocaust nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Es gelingt dem Buch, anhand von jüdischen Einzelschicksalen die europäische Dimension des Massenmordes der Nazis und die dahintersteckende Weltanschauung darzustellen. Weiters finden sich alle wichtigen Zahlen und Orte sowie Zeichnungen und

Bilder. Gerade die Fotos vermitteln dem Leser einen starken Eindruck. Von Arthur Koestler stammt das Wort „Statistiken bluten nicht, nur das Beispiel zählt“, dem das Buch folgt.

Die deutsche Ausgabe im Format A 5 bietet einen prägnanten Überblick und ist deshalb gerade auch für jene Zeitgenossen geeignet, deren Wissen über den Holocaust gering ist.

Die deutsche Ausgabe ist im Verlag C. Bertelsmann erschienen und kostet öS 109,- (ISBN 3-570-12531-9). Informationen finden sich auch im Internet unter <http://www.levandehistoria.org>

Gerald Netzl

### Karl Steinocher 80



Der 1920 in Bischofs- hofen geborene Karl Steinocher wuchs in einer sozialdemokratischen Familie auf. Seit 1938 Ei-

senbahner, gehörte er zu jenen, die in der politischen Arbeit im Untergrund noch während des Krieges das Wiedererstehen der Arbeiterbewegung vorbereiteten. Vom ersten Tag der Neugründung der Republik an war Steinocher als Gewerkschafter und sozialistischer Funktionär am Wiederaufbau der Partei tätig. Schon mit 29 Jahren zum stellvertretenden Salzburger SPÖ-Vorsitzenden gewählt, folgte Steinocher schließlich 1966 dem erkrankten Franz Peyerl als SPÖ-Landesvorsitzender (bis 1978) und Landeshauptmann-Stellvertreter. Der 1978 gegründete Karl-Steinocher-Fonds setzt sich die Förderung der Erforschung der Geschichte der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie im Land Salzburg zum Ziel. Steinocher ist auch seit vielen Jahren ein aktives Mitglied der Freiheitskämpfer. ■

### Hugo Pepper 80



Am 4. Februar 1920 in Wien geboren, wurde Hugo Pepper schon früh durch seinen Vater, einen Kunstglasmaler

und Mitbegründer der KPÖ, geprägt. Vor seiner Einberufung 1940 machte er bereits Bekanntschaft mit der Gestapo am Morzinplatz, in der Wehrmacht schloss er sich der militärischen Widerstandsbewegung an. Nach dem Krieg war er Leiter des legendären Studentenkabarets „Der Rote Hund“, dann war er in der Bildungspolitik des ÖGB und schließlich – bis zu seiner Pensionierung 1982 – als Cheflektor des Europa-Verlages tätig. Sein besonderes Anliegen gilt bis heute der volksbildnerischen Tätigkeit, wobei seine historischen und kulturellen Vorträge stets mit dem Ziel verbunden waren, bei seinen Zuhörern kritisches politisches Bewusstsein zu wecken. Er selbst blieb stets ein Unbequemer – auch als er 1992–95 Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer war. ■



## Februargedenken in Niederösterreich

In Erinnerung an den 12. Februar 1934 fanden in Niederösterreich Gedenkveranstaltungen der SPÖ und der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer in Schwechat, Sankt Pölten, Korneuburg, Mödling, Ternitz und Wiener Neustadt statt.

Beim Mahnmal in Wöllersdorf, wo sich das Anhaltelager des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes befand, wurde eine Landesversammlung der SPÖ und der Freiheitskämpfer durchgeführt. Nationalratsabgeordneter und SPÖ-

Schikanen und Grausamkeiten der Austrofaschisten im Lager, die viele die Gesundheit und manche das Leben gekostet haben, gaben in den Jahren 1934 bis 1938 einen Vorgeschmack auf das, was Faschismus bedeutet. Der Landesvorsitzende der Freiheitskämpfer Karl Gruber zeichnete den Weg, der zum 12. Februar 1934 geführt hat. Es begann mit dem Fehltritt von Schattendorf und den 83 Todesopfern der Ereignisse des 15. Juli 1927. Der Korneuburger Eid der

der Zerstörung der Demokratie versuchten die Schutzbündler mit der Waffe in der Hand im Februar 1934 entgegenzutreten. Es war ein ungleicher Kampf – gegen die Staatsmacht mit Bundesheer, Exekutive und den faschistischen Heimwehrbanden. Aber der Kampf, auch wenn er verloren ging, war ein Ereignis von internationaler Bedeutung, ein erster Akt des bewaffneten Widerstandes gegen den Faschismus. Im Besonderen gedachte Gruber der zehn Schutzbündler, für die

die austrofaschistischen Standgerichte keine Milde zeigten – sie wurden, unter ihnen die zwei Niederösterreicher Johann Hois und Viktor Rauchenberger, gehängt.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Hannes Bauer verurteilte eine Politik, die sich auf brutale Machtausübung, Hass und Gewalt stützt. Die Februarereignisse von 1934 sind eine immerwährende Mahnung dagegen. Im demokratischen Europa des Jahres 2000 darf es für diktatorische und rechtsradikale Entwicklungen keine Chance geben, sagte er.

SPÖ-Landesparteivorsitzender Mag. Karl Schlögl versicherte den Kundgebungsteilnehmern, eine Politik anzupeilen, in der das demokratische Recht auf Mitgestaltung und Mitbestimmung auf allen gesellschaftlichen Ebenen weiter ausgebaut werden müsse. „Die Sozialdemokratie hat die große Verantwortung für die Demokratie gerade jetzt wahrzunehmen und wird dies als kraftvolle Opposition in die Tat umsetzen.“

*Karl Gruber*



**Am Grab von Johann Hois und Viktor Rauchenberger**

Bezirksvorsitzender Arnold Grabner konnte zahlreiche sozialdemokratische Mandatare und Funktionäre begrüßen, unter ihnen Karl Schlögl, Hannes Bauer, Traude Dierdorf, Traude Votruba, Karl Pietsch, Otto Pendl, Anton Heinzl, Hans Wedl, Lona Murowitz und Karl Gruber. „Die Opfer, die im Februar 1934 und im Lager Wöllersdorf für Freiheit und Demokratie gebracht werden mussten, bleiben unvergessen“, führte Grabner aus. Die

faschistischen Heimwehren mit dem Ziel der Ausschaltung des Parlamentarismus und der Niederwerfung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Republikanischen Schutzbundes führte zu einer Reihe blutiger Sonntage in Österreich. Dann nützte Dollfuß im März 1933 einen Geschäftsordnungsfehler im Parlament zu dessen Ausschaltung und diktierte in Österreich mit dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz. Dem Ziel

### Zuschüsse für Heilfürsorge

Das Sozialministerium macht darauf aufmerksam, dass Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises sowie Bezieher von Witwen (Witwer)renten und Witwen (Witwer)beihilfen nach dem Opferfürsorgegesetz Zuschüsse für erweiterte Heilfürsorge über die satzungsmäßigen Leistungen der Krankenversicherungsträger hinaus erhalten können.

Bei finanzieller Bedürftigkeit werden Zuschüsse für Kur- und Erholungsaufenthalte, Zahnersatz, Brillen, orthopädische Schuhe, Hörgeräte, Krankenfahrstühle, Krankenbetten, sonstige Heilbehelfe und Hilfsmittel erbracht. Darüber hinaus werden Zuschüsse für psychotherapeutische Krankenbehandlungen geleistet. Anträge können erst nach Entscheidung des zuständigen Sozialversicherungsträgers über die Notwendigkeit der Heilfürsorgemaßnahmen behandelt werden.

Weitere Auskünfte (auch über Höhe der Zuschüsse und Einkommensgrenzen) beim Bundesministerium, 1010 Wien, Stubenring 1, unter der Telefonnummer 71100/Kl. 6191 oder 6185.

### Angebot für unsere Mitglieder

Die Wiener SPÖ hat zum 70. Geburtstag ihres Ehrenvorsitzenden Leopold Gratz ein großformatiges illustriertes Band mit Auszügen aus dessen Reden als Parlamentarier, Minister und Wiener Bürgermeister herausgebracht. Das Wiener SPÖ-Bildungsreferat hat uns 30 Gratis-Exemplare des Buches für unsere Mitglieder zur Verfügung gestellt. Wer daran interessiert ist, möge sich bitte im Sekretariat des Bundes melden – die Vergabe erfolgt, solange der Vorrat reicht, in der Reihenfolge der Interessentenmeldungen. Tel. 534 27/277.

**Sonntag, 7. Mai 2000: Um 11 Uhr Befreiungsfeier auf dem Appellplatz der Gedenkstätte Mauthausen. Um 20 Uhr im Steinbruch: Philharmoniker und Wiener Singverein mit Beethovens 9. Sinfonie. Anmeldung für die Teilnahme an den Busfahrten im April in den Landessekretariaten der Freiheitskämpfer.**

## Auschwitz-Jahrestag

Des 55. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz gedachte die Österreichische Lagergemeinschaft Auschwitz in einer außerordentlichen Vorstandssitzung, zu der auch Vertreter(innen) anderer Lagergemeinschaften eingeladen waren. Dagmar Ostermann berichtete, wie sie mit Glück diese schlimmste Zeit ihres Leben überlebt hat, sie geht noch heute als Zeitzeugin in Schulen, um die Jugend zu informieren. Kurt Hacker erinnerte an die letzte Phase von Auschwitz: bis zum Schluss wur-

de weitergemordet, dann folgten die Todesmärsche. Wer überlebte – „Es war gewissermaßen mein zweiter Geburtstag“ – beeilte sich nach Hause zu kommen, um beim Wiederaufbau von Beginn an dabei zu sein. Franz Danimann wies auf die kulturelle und politische Prominenz hin, die in Auschwitz den Nazi-Mördern zum Opfer fiel: die Sozialdemokraten Robert Danneberg, Eduard Reismann, Heinrich Steinitz, der Kabarettist Peter Hammerschlag, der Librettist Fritz Beda-Löhner und viele andere. ■

### Ernst Korcowicz zum Gedenken



Am 3. Februar 2000, kurz vor seinem 77. Geburtstag, ist Ernst Korcowicz von uns gegangen. Seit 1994 war er Vorsitzender des Landesverbandes Graz der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer. Schon als junger Bursch in der Nazizeit wegen seiner Herkunft schikaniert, konnte er, als Zwangsarbeiter der Luftwaffe zugeteilt, „durch viel Glück und Einsehen einiger Offiziere“ (so schrieb er in seinem

Lebenslauf) den Krieg überleben. Am letzten Tag des Krieges, am 7. Mai 1945, kam er in seinen Geburtsort Stübing heim. Er sah, wie Bewohner zwei SS-Offiziere anflehten, die Murbücke, deren Sprengung sie vorbereitet hatten, nicht in die Luft fliegen zu lassen, doch die SSler zeigten sich uneinsichtig. In einem unbemerkten Augenblick gelang es Korcowicz, an einem Gerüst zu der Sprengladung zu klettern und die Zündkapseln herauszuziehen. „Ich weiß heute nicht mehr, wo ich den Mut hernahm und das gefährliche Vorhaben wagte“, erinnerte sich Korcowicz. „Hätten mich die Offiziere entdeckt, wäre das mein sicherer Tod gewesen.“ Die Murbücke steht noch heute – eine bleibende Erinnerung an den nun Verstorbenen.

## Wege nach Ravensbrück

Im November vorigen Jahres wurde in der Aula des neuen Universitätscampus in Wien die Ausstellung „Wege nach Ravensbrück“ eröffnet. Unter den Gästen des Eröffnungstages war auch eine Reihe von Überlebenden des Frauenkonzentrationslagers. Etliche von ihnen hatten ihre Lebensgeschichten für die Ausstellung zur Verfügung gestellt. Die Dokumentation über die in Ravensbrück inhaftierten Österreicherinnen zeigt ein-

druckvoll deren Schicksale – sowohl die der Ermordeten (unter anderen Anna Lasser, Anna Pecznik und Käthe Leichter) als auch die der Überlebenden. Hörstationen und Videofilme geben eine Vorstellung vom grausamen Alltag im KZ. Erfreulicherweise kamen vor allem viele Studenten und Schüler in die Ausstellung. Sie ist als Wanderausstellung konzipiert; im Juli 2000 wird sie im Wiener Rathaus zu sehen sein. ■



Heinz Fischer und die Geehrten bei der NÖ-Landestagung

## Opposition – ein Jungbrunnen

Bei der Landestagung der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer NÖ am 29. Jänner 2000 im Steingöttersaal der Landeshauptstadt war Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer Gastreferent. Eindrucksvoll und ausführlich stellte er die lang andauernden Regierungsverhandlungen mit der Schlüssel-VP dar. Das Verhalten der schwarzen Unterhändler wurde erst in den letzten Tagen eindeutig durchschaubar. Nach Verhandlungsrunden, die jeden vernünftigen Politiker meinen ließen, nun stehe der positive Abschluss bevor, ist die ÖVP mit neuen Bedingungen gekommen, die schließlich den Geduldssaden der Sozialdemokraten reißen ließen.

Schon in seiner Begrüßungsansprache brandmarkte der Landesvorsitzende LABg. a. D. Karl Gruber die Hinhaltetaktik und Hinterlistigkeit der Volkspartei-Unterhändler. Durch das Spiel mit gezinkten Karten hat Schlüssel den Bogen überspannt. Die internationalen Reaktionen hat der neue Bundeskanzler nun selbst zu verantworten. Zwar darf die Bundesregierung mit einigen extrem rechts und populistisch orientierten Kräften in Wien regieren, wird aber von Klagenfurt aus – auch nach dem taktischen Rückzug des Kärntner Landes-

hauptmanns von seiner FPÖ-Obmann-Funktion – von Haider dirigiert werden. In dieser Situation, in der die Sozialdemokraten ihre klare Haltung bewiesen haben, wird die Opposition zu einem Jungbrunnen für die SPÖ werden.

Bei der Veranstaltung, an der den rund 300 Teilnehmern vom „Alpenlandchor“ ein musikalisches Programm geboten wurde, wurden folgende treue Mitglieder und Funktionäre mit dem Goldenen Abzeichen der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer geehrt: Bezirk Baden: NR Otto Pendl; Gänserndorf: Bgm. i. R. Otto Hübner; Gmünd: Hermine Kropik, Otto Redl, Karoline Rühl; Korneuburg: Karl Mühl; Krems: Anna Baumgartner; Mödling: NR a. D. Alfred Ströer; Schwechat: Werner Lippold; St. Pölten: Gertraud Beilschmied, Bgm. Willi Gruber, Martin Grohs, NR Anton Heinz, StR a. D. Egon Meyer, Anton Pichler, Oswald Posch; Wr. Neustadt: StR a. D. Karl Bauer, Felix Hauser, StR a. D. Othmar Trofer, Fritz Barwitzius, StR a. D. Walter Bittner, Bgm. Traude Dierdorf, NR Arnolf Grabner, NR a. D. Lona Murowatz, LR a. D. Traude Votruba, NR a. D. Johann Stippel, Bgm. a. D. DI Hubert Steiner, GR a. D. Erich Pils, Bgm. a. D. Hans Barwitzius. ■

# Hungerrevolte in der „guten alten Zeit“

Das „andere Wien“ der Backhendzeit ist von den Kulturhistorikern bisher eher vernachlässigt worden. Wolfgang Maderthaner, der Leiter des Archivs für Geschichte der Arbeiterbewegung, und Lutz Musner haben sich nun in einem lesenswerten Buch des Alltags in den proletarischen Wiener Vorstädten um 1900 angenommen („Die Anarchie der Vorstadt“, Campus-Verlag, Frankfurt/New York). Schon das erste Kapitel des Buches, „Anarchie in Ottakring“, zeigt wie die Obrigkeit der so gern in ihrem Abendglanz verklärten Monarchie auf durchaus verständliche Proteste der armen und zu einem beträchtlichen Teil geradezu dahinvegetierenden Arbeitermassen reagierte. Die Lebensmittelteuerung hatte im Laufe des Jahres 1911 die Kaufkraft des Geldes um ein Drittel verringert, während die Löhne gleich niedrig blieben, zugleich trieben die Hausherrn die Mietzinse in die Höhe, so dass die – zumeist kinderreichen – Proletarierfamilien immer tiefer ins Elend schlitterten.

Der Zorn der Vorstadtbevölkerung kochte über, als die Regierung die Genehmigung für die Einfuhr billigeren Rindfleisches aus Argentinien unter dem Druck der ungarischen Landbarone zurücknahm. Im September 1911 kam es in vielen Bezirken zu erregten Protestversammlungen, und die Sozialdemokratische Partei setzte für 17. September eine Straßendemonstration an. Daraufhin verwandelte der Statthalter die Innere Stadt zu einer von Polizei und Militär bewachten Festung. Rund

100.000 Menschen zogen aus den Vorstädten stadtwärts. Als die Polizei die Massen zur Räumung des Rathausplatzes aufforderte, flogen Steine gegen die Fenster des Rathauses. Nun begann der Angriff der berittenen Polizei, bald verstärkt durch k.u.k. Kavallerie, auf die Menschenmassen, die zum Teil die Flucht durch die stadtauswärts führenden Straßen ergriffen, zum Teil ihre Wut über die Attacken in Verwüstungen und Plünderungen an Geschäften ausließen. Die Verfolgungsjagd ging bis nach Ottakring. Es gab Verletzte unter den Demonstranten und bei der Polizei, und als der Kommandant einer Bosniakenkompanie über die Köpfe der Menge schießen ließ, traf ein Querschläger einen jungen



Der Verbrecher als „Sozialrebell“:  
Johann Breitwieser



Arbeiter tödlich. Dieser Waffengebrauch reizte die Ottakringer zum Äußersten; vor allem Jugendbanden empfingen die Exekutive nicht nur mit einem Steinhagel, sondern begannen auch, die umliegenden Schulen zu verwüsten. Erst spät abends brachten Militär und Polizei den Bezirk völlig unter

Kontrolle. „Die Hungerrevolte gibt ein beredtes Beispiel dafür, wie die Überlagerung vom Einbrüchen der Lebenssituation des vorstädtischen Proletariats zu einem explosiven Aufstand wird, der ebenso rasch wieder in sich zusammenbricht“, resümieren die Autoren.

Ein anderer Abschnitt des Buches befasst sich mit der „Kultur der Widersetzlichkeit“. Darin wird gezeigt, dass die damals noch unbebaute Schmelz, eine „Gstett“, nicht nur Exerzierplatz des Heeres war, sondern zugleich auch ein riesiger Abenteuerspielplatz der Jugend, der einesteils in Erinnerungen wie jenen des Arbeiterdichters Alfons Petzold verklärt wird, andererseits die Bildung von (einander oft auch gegenseitig bekämpfenden) Jugendbanden, so genannten „Platten“, begünstigte. Und

nachts wurde die Schmelz zum Tummelplatz der Kriminalität des Elends, der Strizzis und Plattenbrüder, die von Diebstählen und Einbrüchen und als „Peitscherlbuben“ der Prostituierten lebten. Die soziale Situation in den Proletarierbezirken verlieh einem Verbrecher wie Johann Breitwieser durch seine mit hoher Intelligenz durchgeführten Raubzüge in Nobelvillen, Banken und Konzernsitzen bei der proletarischen Bevölkerung den Nimbus eines Robin Hood. Er war als Kind einer Arbeiterfamilie mit 15 Geschwistern im Meidlinger Gatterhölzl unter elendsten Bedingungen aufgewachsen, und niemand im Bezirk hätte ihn und seine Bande, als er in seiner kriminellen Karriere aufstieg, verraten. Die „Breitwieser-Story“ endete freilich 1919 mit dem Tod ihres Helden unter den Kugeln der Polizei.

Manfred Scheuch

## Kreisky-Buchpreise

Im Jänner wurden die Bruno Kreisky-Preise für das politische Buch 1999 verliehen. Die Hauptpreisträger waren der Schweizer Publizist Jean Ziegler für sein Schweiz-kritisches Gesamtwerk und der österreichische Journalist Armin Thurnher für sein Buch „Das Trauma, ein Leben – Österreichische Einzelheiten“. Anerkennungspreise erhielten Freimut Duve und Nenad Popovic („Verteidigung der Zukunft. Suche im verminten Gelände“), Heinz Fassmann/Helga Matuschek/Elisabeth Menasse-Wiesbauer („Abgrenzen–Ausgrenzen–Aufnehmen: Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration“), Robert Misik/Doron Rabinovici („Republik der Courage. Wider die Verhaiderung“) und Marianne Sajdik („Russland ist anders. Profile einer neuen Gesellschaft“).

## Kritische Literatur über Jörg Haider

Bailer-Galanda, Brigitte: **Die neue Rechte: Jörg Haider, ein Politiker der neuen oder ganz alten Art?** Wien 1989.

Bailer-Galanda, Brigitte: **Haider wörtlich: Führer durch die Dritte Republik.** Wien 1995.

Bailer-Galanda, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang: **Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich.** Berlin 1997.

Busch, Thomas/Fasching, Rosina: **Im rechten Licht: Ermittlungen in Sachen Haider-FPÖ.** Linz 1991.

Dobesberger, Berndt.: **Der aufhaltsame Aufstieg des H. J.** Wien 1992.

Goldmann, Harald: **Jörg Haider und sein Publikum.** Klagenfurt 1992.

Gstettner, Peter/Fischer, Gero: **„Am Kärntner Wesen könnte diese Republik genesen.“** Klagenfurt 1990.

Kräh, Gerd: **Die Freiheitlichen unter Jörg Haider.** Frankfurt/Main 1996.

Menz, Florian/Wodak, Ruth (Hg): **Sprache in der Politik – Politik in der Sprache.** Klagenfurt 1990.

Meysels, Lucian O.: **Unheilige Allianzen: Wer ebnet Jörg Haider den Weg?** Klosterneuburg 1995.

Scharsach, Hans Henning: **Haider's Kampf.** Wien 1992.

Scharsach, Hans Henning: **Haider's Clan: Wie Gewalt entsteht.** Wien 1995.

Tributsch, Gudmund/Januscheck, Franz (Hg): **Schlagwort Haider: Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche.** Wien 1994.

Zöchling, Christa: **Haider: Licht und Schatten einer Karriere.** Wien 1999.

# Schweden wehrt sich gegen Neonazis

Im Flur eines Stockholmer Wohnhauses wurde der 41-jährige Gewerkschafter Björn Söderberg ermordet. Er hatte gegen einen Neonazi im Betriebsrat seiner Firma protestiert. Das war der Grund dafür, dass Mitglieder der „Nationalen Jugend“, des Jugendverbandes der „Nationalsozialistischen Front“ Schwedens, ihn regelrecht hinrichteten. Zu ihnen gehört auch der in Schweden bekannte Führer der „Arischen Krieger“, Robert Vesterlund.

Die Mordtat – und schon zuvor der Tod zweier Polizisten im Verlauf eines Banküberfalls, durch den der „arische Kampf“ finanziert werden sollte – hat die schwedische Öffentlichkeit aufgerüttelt. Bis dahin hatte man den verschiedenen rechtsextremen Grüppchen, die sich offen als Nationalsozialisten deklarieren,

im liberalen Schweden wenig Beachtung geschenkt. Nun aber haben die vier größten schwedischen Zeitungen 62 Neonazis mit Bild und Namen veröffentlicht. Diese öffentliche Bloßstellung zeigte ihre Wirkung. Etliche der Dargestellten verloren ihren Arbeitsplatz. Allerdings ist die Ausgrenzungsstrategie umstritten: Die einen erhoffen sich eine abschreckende Wirkung, andere befürchten, dass für die Ausgestoßenen die extremistischen Gruppen erst recht der einzige Rückhalt wird, und sehen auch rechtsstaatliche Probleme. Neben der Propaganda im Internet – die auch über die Grenzen Schwedens hinausgeht – suchen die Neonazis Jugendliche vor allem durch „White Power Music“ (Rockmusik mit rassistischen Texten) zu ködern. Durch seine

liberalen Gesetze wurde Schweden zu einem führenden Zentrum dieses Musikgenres; Marktleader sind die Firmen „Blut und Ehre“, „Nordland“ und „Ragnarök“ (Götterdämmerung). Die Aktivitäten der Neonazis haben zur Folge, dass nun auch Schweden sich einer fälligen Vergangenheitsbewältigung besinnt. An die 500 Schweden ließen sich im Krieg für die Waffen-SS anwerben. Viele der Ex-SS-Leute machten nach dem Krieg Karriere, keinem wurde ein Prozess gemacht, auch jenen nicht, die als Wachsoldaten in Vernichtungslagern Dienst taten. Auch lieferte das neutrale Schweden Hitler nicht nur Eisenerz, sondern ließ auch deutsche Truppen über sein Territorium von Norwegen nach Finnland transportieren. ■

## Chiles ehemaliger Diktator entgeht der europäischen Justiz

Augusto Pinochet, der für die Ermordung Tausender Anhänger der Volksfrontregierung Allendes und für die Verfolgung und Folterung vieler chilenischer Demokraten verantwortlich ist, wurde nun nach einem eineinhalbjährigen Verfahren von der britischen Justiz aufgrund seines Gesundheitszustandes aus dem Hausarrest

einer Londoner Klinik entlassen und durfte nun nach Chile zurückkehren, wo ihn eine lebenslange Immunität vor Verfolgung schützt. Pinochet wurde aufgrund eines Auslieferungsantrages eines spanischen Richters in London festgehalten und ist nun gegen internationale Proteste und Widerstand der chilenischen De-

mokraten nach Santiago de Chile zurückgekehrt. Dort erwartete ihn jedoch auch die Forderung nach einem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren, dem sich der Diktator und Verantwortliche für den Massenterror, nach der Aufhebung einer von ihm selbst inszenierten Immunität, unterwerfen müsste.

### Impressum:

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.or.at. **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt.

**Zulassungsnummer:** WoGZ 58 U

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus über ihre rechtlichen Ansprüche.

Herr  
BEZIRKSRAT DIR. JOHANNES SCHWANTNER  
DARINGERG. 14/25/6  
1190 WIEN